**Durch die Energiewende entfallen Arbeitsplätze**
*Deindustrialisierung*

NAEB 1824

Für profitable Arbeitsplätze wird preiswerte und jederzeit verfügbare Energie gebraucht. Produktivitätssteigerungen benötigen immer mehr Energie. Die Energiewende-Politiker fordern jedoch Stromsparen und die Versorgung mit teurem und unzuverlässige Ökostrom aus Wind, Sonnenstrahlung und Biomasse. Arbeitsplätze werden so zwangläufig abgebaut. SPD und Gewerkschaften stehen hinter der Energiewende und treiben den Abbau von Arbeitsplätzen ihrer Mitglieder voran.

Wohlstand beruht auf Arbeitsplätzen in Haushalt und Industrie, wo jederzeit zur Arbeitserleichterung Strom verfügbar ist. Eine Schlüsselrolle hat dabei die elektrische Energie, weil sie einfach durch Drähte an den Verwendungsort geleitet wird, um dort in jede andere gewünschte Energieform, also in Wärme, Licht, mechanische Energie, Strahlung oder elektrische Wellen umgewandelt zu werden. Jeder nutzt heute die Energie von 150 Menschen.

Um die Produktivität zu erhöhen, pro Arbeitsplatz mehr und bessere Produkte zu erzeugen, wird mehr Energie benötigt, die preiswert und jederzeit verfügbar ist. Doch die Bundesregierung und die Bundestagsparteien (außer der AfD) wollen und fördern die sogenannte Energiewende. Die Stromversorgung soll mit Windgeneratoren, Solarzellen und Biogasanlagen sichergestellt werden, die wetterbedingt stark schwankt. Zum Ausgleich der Schwankungen müssen konventionelle Kraftwerke bereit stehen. Darüber hinaus erfordert ein stabiles Wechselstromnetz mindestens 45 Prozent Strom aus konventionellen Kraftwerken als Taktgeber und Momentanreserve. Sonst bricht das Netz zusammen. Gleichzeitig soll der Stromverbrauch - so die Pläne der Energiewende-Politiker - auch noch sinken und die Elektromobilität gefördert werden: Eine Quadratur des Kreises, denn das Eine schließt das andere aus.

Seitens der Befürworter der Energiewende gibt es für die angestrebten Ziele keine plausiblen Konzepte und keine Lösungsansätze. Dafür wird gebetsmühlenartig die Forderung nach mehr "Erneuerbaren" wiederholt, die sich immer als "Verteuerbare" erweisen. Nach dem politischen Aus für die Kernkraftwerke sollen jetzt auch Braunkohlekraftwerke stillgelegt werden. Dabei sind es die preiswertesten und zuverlässigsten Stromerzeuger. Daher wird Strom zwangsläufig immer teurer und unzuverlässiger. Für die Arbeitnehmer der stillgelegten Kohlekraftwerke will man neue Arbeitsplätze schaffen. Die aber brauchen zusätzliche Energie. Woher soll die kommen, wenn die Stromerzeugung gedrosselt wird? Als Antwort verweisen die Grünen auf die vielen Arbeitsplätze im Bereich der "Erneuerbaren". Diese Arbeitsplätze sind jedoch hoch subventioniert durch die Stromkunden, die durch steigende Stromkosten einen Kaufkraftverlust erleiden.

Nur Kaufkraft schafft Arbeitsplätze
Wirtschaftliche Arbeitsplätze entstehen, wenn die Kaufkraft der Bevölkerung wächst. Dann wird die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen größer. Die Bürger haben eine größere Freiheit, sich für zusätzliche Anschaffungen zu entscheiden. Eine größere Nachfrage ist das Signal des Marktes an Unternehmen, mehr zu produzieren. Es entstehen weitere Arbeitsplätze, die keine Subventionen brauchen. Im Gegenteil: Es bleibt auch für das Unternehmen ein Gewinn und damit auch eine höhere Steuereinnahme für den Staat.

Staatlich errichtete Arbeitsplätze dagegen sind im Regelfall unproduktiv. Zusätzliche Verwaltungen erfordern mehr Steuern, die an Kaufkraft verloren gehen. Häufig sind solche Verwaltungen noch zusätzlich eine Belastung für die Wirtschaft durch Auflagen und mehr Bürokratie. Subventionierte und staatlich errichtete Produktionsstätten und Versorgungseinrichtungen sind meistens nicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichtet. Die Subventionen verschlingen Steuergelder und vermindern so die Kaufkraft der Bevölkerung.

Das beste Beispiel für die Kosten von subventionierten Arbeitsplätzen ist die Energiewende. Sie kostet neben der Umlage nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) von mehr als 25 Milliarden Euro noch zusätzliche Netzgebühren, CO2-Zertifikate, Umlage für Kraft-Wärme-Kopplung, Umlage für abschaltbare Lasten usw., die weitere 10 Milliarden Euro jährlich ausmachen. Jeder Bundesbürger wird direkt oder indirekt mit 400 Euro im Jahr belastet, die an Kaufkraft für andere Bedürfnisse verloren gehen.

SPD und Gewerkschaften sichern keine Arbeitsplätze
Äußerungen von der SPD-Führung und von Gewerkschaften zur Stilllegung von Kohlekraftwerken sind eindeutig. Sie stützen die Energiewende und die Stilllegung. Sie fordern lediglich eine "sozialverträgliche" Freisetzung der Arbeitnehmer. Abfindungen und Übergangsgelder sollen weitgehend aus Steuermitteln bezahlt werden. Dazu kommen Entschädigungen für stillgelegte Kraftwerke. Werden dafür zusätzliche Steuern erhoben, schmälern auch sie die Kaufkraft.

Mit dem Abschalten von Kohlekraftwerken wird zuverlässige Stromerzeugung verringert. Neue Arbeitsplätze brauchen aber zusätzlichen Strom, der sicher und preiswert ist. Sonst sind diese Arbeitsplätze nicht konkurrenzfähig. Der vom Wetter abhängige stark schwankende Wind- und Solarstrom ist für die Versorgung von industriellen Arbeitsplätzen ungeeignet. Woher stabiler Strom kommen soll, wird nicht gesagt. Mit einer solchen Politik werden mutwillig Arbeitsplätze der Gewerkschaftsmitglieder und SPD-Genossen ohne Widerstand aufgegeben. Es ist ein großer Schritt in die Deindustrialisierung von Deutschland.

Gewerkschaften schrumpfen und die SPD verliert Stimmen
Viele Mitbürger glauben zwar, die Energiewende sei notwendig, um das Weltklima zu retten. Es ist die Folge der täglichen Indoktrination und Desinformation durch die Bundesregierung und die Medien, die eine unbewohnbare Erde voraussagen, wenn die Energiewende nicht weiter geführt werde. Doch die Bürger merken auch, dass ihr frei verfügbares Einkommen schrumpft. Der Strompreis steigt, die Pflegeversicherung schluckt gerade ein weiteres halbes Prozent vom Bruttolohn, die Steuern auf Renten steigen. Immer mehr Haushalte können sich weniger leisten und geraten sogar unter die Armutsgrenze.

Inzwischen haben auch die meisten Mitbürger verstanden, dass die Energiewende eine große Umverteilung von Arm nach Reich ist. Über 30 Milliarden Euro gehen von den einkommensschwachen Haushalten zu den Wohlhabenden. Die SPD und die Gewerkschaften stützen weiterhin diese unsoziale Politik, die auch zum Abbau von Arbeitsplätzen führt. Immer mehr Betriebe verlieren wegen der hohen Strompreise ihre Wettbewerbsfähigkeit. Sie suchen sich neue Produktionsstätten in Ländern mit einer preiswerten und zuverlässigen Stromversorgung. Es ist ein schleichender Prozess, der langsam den Arbeitnehmern bewusst wird. Doch Gewerkschaften und die SPD stört das nicht. Die vermeintliche Rettung der Welt ist ihnen wichtiger. Die enttäuschten Mitglieder verlassen die Gewerkschaften und die ehemaligen Stammwähler die SPD.

Mehr Kohlekraftwerke sind erforderlich
Um die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen, werden weitere Kohlekraftwerke benötigt. Es müssen nämlich die Kernkraftwerke, die in den nächsten Jahren stillgelegt werden sollen, ersetzt werden. Mit dem unzuverlässigen regenerativen Strom, den man zu Recht Fakepower nennt,

ist das nicht möglich. Produktivitätssteigerungen verlangen mehr Strom je Arbeitsplatz. Mehr arbeitssparende Geräte in den Haushalten erhöhen den Strombedarf. Nicht zu vergessen, auch das Internet ist ein immer größerer Stromverbraucher. Strom aus regenerativen Quellen ist zu teuer und zu unzuverlässig. Er ist für wirtschaftliche Arbeitsplätze ungeeignet. Nur Kohlekraftwerke erfüllen die Anforderungen der Stromkunden, nämlich Strom jederzeit preiswert in gewünschter Menge zu beziehen.

Die Braunkohlekraftwerke produzieren am preiswertesten und haben darüber hinaus noch den Vorteil, den letzten verbliebenen heimischen Energieträger zu nutzen. Denn die Steinkohleförderung, die aus strategischen Gründen über 50 Jahre in Deutschland subventioniert wurde, ist ausgelaufen. Es ist aberwitzig, jetzt auch die Braunkohle aufzugeben und Deutschland komplett von ausländischen Brennstoffen abhängig zu machen. Deutschland ist dann jederzeit erpressbar. Hinzu kommt, dass Strom aus Gaskraftwerken ist deutlich teurer als Kohlestrom ist.

Moderne Braunkohlekraftwerke als Dreckschleudern zu bezeichnen, beruht auf Unkenntnis oder bewusster Desinformation. Es sind also Fake News. Jedes traute Kaminfeuer hat in einem Kubikmeter Abgas ein Vielfaches an Schadstoffen im Vergleich zu modernen Kohlekraftwerken, die mit ausgezeichneten Gasreinigungsanlagen arbeiten. Es wird höchste Zeit für Politiker, aus ihrem ideologischen Weltbild wieder in die Realität einzutauchen. Das Beispiel SPD zeigt: Wenn das nicht schnell geschieht, werden solche Ideologen abgewählt. Das gilt auch für die Grünen, die immer wieder Falschmeldungen und Desinformationen über die Energiewende verbreiten.

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.info und www.NAEB.tv

Steffen Kotré: Ideologische Energiewende beenden! - AfD-Fraktion im Bundestag
30. November 2018 | Zitat aus dem Entwurf des AfD-Europawahlprogrammes 2019 - Stand 7.12.18
Ein breiter Energiemix aus Kohle, Mineralöl, Erdgas und Kernkraft ist unabdingbare Voraussetzung zum Erreichen des Zieldreiecks einer versorgungssicheren, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Energiepolitik. Braunkohle ist der einzige kostengünstige und langfristig verfügbare inländische Energieträger von Bedeutung. Die EU und die Bundesregierung bereiten mit Hilfe der CO2 Zertifikate Politik und über eine Besetzung der deutschen Kohlekommission mit Fachfremden und Ideologen den Kohleausstieg vor. Nach dem Abschalten der Kernkraftwerke wäre dies das Ende einer sozial orientierten und wettbewerbsfähigen Energieversorgung in Deutschland.
https://www.youtube.com/watch?v=3OCDtXjtzAg

### Pressekontakt

Stromverbraucherschutz NAEB e.V.

Herr Hans Kolpak
Forststr. 15
14163 Berlin

NAEB.tv
Hans.Kolpak@NAEB.info

### Firmenkontakt

NAEB Stromverbraucherschutz e.V.

Herr Heinrich Duepmann
Forststr. 15
14163 Berlin

NAEB.de
Heinrich.Duepmann@NAEB.info

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG Erneuerbare Energien Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Stromnetz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen in Windkraft und Voltaik statt. Die NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

**Anlage:** Bild